

Radio L geht auf Sendung (15.8.).
Triesenberg und Triesen werden
von einem schweren Unwetter
heimgesucht (31.8.).

Erstmals werden zwei Frauen als
liechtensteinische Polizistinnen
vereidigt (6.9.).

Der Landtag beruft eine
Kommission zur Klärung der
offenen verfassungsrechtlichen
Fragen (14.9.).

Verschiedene andere innen-
politisch wichtige Themen
werden vorangetrieben: AHV-
Revision, Landesbürgerrecht,
Gemeindegesezt, Anpassung
der Gesetze nach dem Grundsatz
der Gleichberechtigung.

Regierungschef Dr. Mario Frick
und Aussenministerin
Dr. Andrea Willi sprechen
anlässlich der Feier «50 Jahre
UNO» vor der Generalver-
sammlung in New York.

Die politische Partei Freie Liste
wird 10jährig (16.10.).

Die Frauen Union organisiert eine
Frauentagung in Triesenberg
(11.11.).

Dr. Beck referierte kurz über die Ziele und Wünsche der Volksbewegung, die vor allem wie bereits erwähnt in der demokratischen Auskostung der Verfassung, Verwaltung und Justiz gipfle; in der Verlegung aller Instanzen ins Land, Unabhängigmachung des Landes von auswärtigen Staaten und Beamten eines fremden Landes. Dr. Beck referierte über die verschiedenen Versprechungen des Prinzen Eduard, des Prinzen Karl, über die Unterhandlungen mit Prinz Johannes, der mit den Milizen (?) später gedroht habe, über die Stellung des Landtagspräsidenten und seine schwankende Haltung, usw. und beleuchtete in diesem Zusammenhang die Stellung zur Peerfrage. Das Volk wolle unter diesen Umständen nichts von Dr. Peer wissen und man solle sich im Fürstenhaus darüber klar sein, dass die republikanische Bewegung um sich greife und wenn nur auf diesem Wege weiter gegangen werde, so würden auch jene Leute, die sich bisher als loyal und zurückhaltend gezeigt hatten, in andere Stapfen und das Fürstenhaus in schwierige Bahnen gelenkt werden. Kabinettsrat Martin sagte, im Fürstenhaus und er selbst wisse sehr wohl, dass es höchste Zeit sei einzugreifen, wens nicht schon zu weit gediehen sei. Man habe unbegreifliche Fehler begangen und diese müssten unter allen Umständen gutgemacht werden.

Schliesslich ersuchte Kabinettsrat Martin Herrn Dr. Beck, ihm vertraulich und rein persönlich, das heisst nicht so, dass etwa damit die Volkspartei in irgend einer Weise engagiert, einen Entwurf zu einer Proklamation des Fürsten ans Volk zu entwerfen.

Dr. Beck wies besonders darauf hin, dass er es doch für unmöglich halte, dass Dr. Peer eine so eminente Kraft sei, es gebe ja auch andere Zeugen in der Schweiz, warum sollte nicht von diesen einer beigezogen werden. Dr. Beck machte darauf aufmerksam, dass ein schweizerischer Fachmann als Berater zur liechtensteinischen Regierung beigezogen werden können solle. Kabinettsrat Martin gab zu verstehen, dass der Fürst immer noch an Dr. Peer